

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Mobilfunk - Europäische Währungsunion - Osteuropa - Rußland - Weltbank

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1995) : Kurz kommentiert: Mobilfunk - Europäische Währungsunion - Osteuropa - Rußland - Weltbank, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 10, pp. 517-518

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137284>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Mobilfunk

Liberalisierung in kleinen Schritten

Die privaten Mobilfunkbetreiber dürfen ihre Mobilfunkstationen zukünftig mit eigenen Übertragungswegen verbinden. Der Regulierungsrat stimmte jetzt einer entsprechenden Verordnung des Bundespostministers zu, durch die das Netzmonopol der Telekom de facto eingeschränkt wird. Bisher waren die Mobilfunkbetreiber auf Übertragungsleitungen des Netzmonopolisten Telekom angewiesen, dem überhöhte Preisforderungen für Mietleitungen vorgeworfen werden. Tatsächlich besteht für die Telekom ein erheblicher Anreiz zu einem solchen Verhalten, da sie über die Mietleitungspreise wesentlichen Einfluß auf die Kosten und damit auf die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Konkurrenten auf dem Mobilfunkmarkt hat.

Durch die Verordnung werden daher mögliche Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten der privaten Mobilfunkanbieter beseitigt. Für andere Anbieter bereits liberalisierter Telekommunikationsdienstleistungen, die weiterhin auf Übertragungsleitungen der Telekom als Inputfaktor angewiesen sind, bleiben sie aber bestehen. Auch dürfen andere Unternehmen, wie die Energieversorger, ihre bereits bestehenden Übertragungswege nach wie vor nicht am Markt anbieten. Die Mobilfunkbetreiber stehen somit vor der Alternative, wie bisher Leitungen der Telekom zu mieten oder eigene Übertragungswege aufzubauen. Der Aufbau neuer Übertragungswege führt aber zu Überkapazitäten, wenn die vorhandene Netzinfrastruktur zur Befriedigung der gesamten Nachfrage ausreicht. Eine solche Politik der kleinen Schritte beinhaltet also die Gefahr volkswirtschaftlich ineffizienter Doppelinvestitionen.

gt

Europäische Währungsunion

Beträchtliche Risiken

Finanzminister Waigels Äußerung, daß die Hochschuldenländer Italien und Belgien wenig Chancen hätten, an der für spätestens 1999 geplanten Europäischen Währungsunion teilzunehmen, hat für Wirbel, aber auch für Klarheit gesorgt. Die massiven – meist stark emotionalen – Reaktionen in den beiden Ländern haben die politische Brisanz und die Grenzen des ökonomischen Kalküls des Maastrichter Weges aufgezeigt. Ohne die Gefahr eines schweren Rückschlages der Integration können nur wenige Länder auf einen späteren Beitrittstermin vertröstet werden;

ein Land vom Gewicht Italiens gehört jedenfalls nicht zu ihnen. Die Abstufung der Integration, wie sie der Maastrichter Vertrag vorsieht, basiert auf der unrealistischen Annahme, die Mitgliedsländer der Union würden sich vollständig von der ökonomischen Rationalität leiten lassen. Also aufschieben, um allen Ländern die Chance zur Erfüllung der Konvergenzkriterien zu geben?

Das Dilemma, in das sich die europäische Integrationsbewegung mit dem Maastrichter Vertrag gebracht hat, würde dadurch nicht gelöst, es sei denn, man verschöbe die Währungsunion ad infinitum. Die Konvergenzkriterien sind nämlich nur von begrenztem Wert. Worauf es ankommt, ist die strukturelle und ordnungspolitische Homogenität zwischen den Mitgliedsländern, und hierbei steht es auch für die absehbare Zukunft eher schlecht. Wer die Währungsunion 1999 oder Anfang des neuen Jahrtausends will, muß zugunsten der politischen Ziele bereit sein, beträchtliche ökonomische Risiken zu tragen. Daran ändern weder eine Verschiebung der dritten Stufe noch immer neue vertragliche Absicherungen etwas. Es ist hohe Zeit, dies der europäischen – insbesondere auch der deutschen – Öffentlichkeit klar zu machen. Die Europäische Integration muß in ihrer Finalität und ihren Methoden überprüft werden. Die anstehende Regierungskonferenz bietet hierzu ein wichtiges Forum.

ww

Osteuropa

Keine „Tiger“

Der marktwirtschaftliche Wandel in Mittel- und Osteuropa hält an, wobei die Fortschritte bei der ökonomischen Erholung von Land zu Land noch recht unterschiedlich sind. Während Polen 1994 die höchste Wachstumsdynamik des BIP von +5% (laut IWF +6%) aufwies, setzte sich die wirtschaftliche Talfahrt in Rußland mit –15% fort. Mit Wachstumsraten zwischen +4% und +0,6% können die Slowakei, Tschechien, Ungarn und die baltischen Staaten ebenfalls zu den erfolgreichen Reformländern gezählt werden. Bulgarien und Rumänien steht eine deutliche Belebungsphase noch bevor. Die Situation in den anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion ist dagegen in der Regel noch deutlich schlechter als in Rußland.

Die starke Differenzierung des Wachstums reflektiert die Unterschiede der wirtschaftlichen Stabilisierung und des Aufbaus marktorientierter Strukturen, stellt der IWF in seinem neuen Weltwirtschaftsausblick fest und bescheinigt den erfolgreichen Transformationsökonomien, sie hätten bereits „die Kurve ge-

nommen". Als Motor der wirtschaftlichen Dynamik erwies sich in diesen Ländern der private Sektor, in dem durchschnittlich mehr als die Hälfte des BIP erwirtschaftet wurde. Auch die Außenwirtschaft und insbesondere die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung mit der EU trugen wesentlich zum Wirtschaftsaufschwung bei.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre werden die Visegrader Staaten ihre Führungsposition unter den mittel- und osteuropäischen Reformländern behalten und bis zum Jahr 1999 jährliche Wachstumsraten von rund 5% erzielen. Bei einem Wachstum in dieser Größenordnung werden die Visegrader Staaten noch vor der Jahrtausendwende wieder die reale Wirtschaftsleistung von 1989 erreichen. Ein Vergleich mit den „Tigern“ in Fernost ist allerdings nicht gerechtfertigt. Hierfür müßten die Wachstumsraten über mehrere Jahre bei 8-9% liegen. Das wird den Reformländern in Mittel- und Osteuropa jedoch nicht zugetraut. ap

Rußland

Schuldenabkommen mit Deutschland

Die im Pariser Club der Gläubigerländer vereinbarte Gesamtschuldenregelung für Rußland ist im dritten Schuldenabkommen mit Deutschland bilateral umgesetzt worden: Die Bundesregierung und die russische Regierung einigten sich auf die Stundung der in diesem Jahr fälligen bundesverbürgten Schulden Rußlands aus der Zeit der UdSSR in Höhe von 4,8 Mrd. DM über einen Zeitraum von 15 Jahren. Nach Angaben des Finanzministeriums leistet das Abkommen einen wichtigen Beitrag zur Lösung der russischen Zahlungsprobleme und beinhaltet damit nicht zuletzt eine Unterstützung des Reformprozesses.

Die bisherige Reformpolitik der russischen Regierung ist im ersten Rußlandbericht der OECD wegen fehlender Klarheit kritisiert worden. Positive Entwicklungen der russischen Wirtschaft werden u.a. in dem Rückgang der Militärausgaben und der Subventionen an die Staatsunternehmen sowie im raschen Wachstum des Dienstleistungssektors gesehen. Wichtig für die nähere Zukunft ist laut OECD in erster Linie eine erfolgreiche Inflationsbekämpfung und die Fortsetzung der Liberalisierung. Nach den deutlichen Rückgängen des realen Bruttoinlandsprodukts in den vergangenen Jahren (1994: -15%) halten die OECD-Experten im günstigen Fall im Jahre 1996 sogar erstmals wieder ein geringes Wachstum (+2%) für möglich.

Entscheidend für eine positive Entwicklung wird sicherlich sein, inwieweit es gelingt, den gegenwärtig sich auf Talfahrt befindenden Investitionsprozeß in der

russischen Wirtschaft wieder anzukurbeln, wobei den privaten Kapitalanlagen aufgrund der Finanzknappheit des Staates eine zunehmende Bedeutung zukommen wird. Ein günstigeres Klima für ausländische Investoren müßte dabei vor allem auch durch eine stärkere Rechtssicherheit gewährleistet werden. sr

Weltbank

Multilateraler Entschuldungsfonds

Die Verschuldungskrise steht nicht mehr im Mittelpunkt öffentlichen Interesses, aber sie ist bei weitem noch nicht gelöst. Etwa 40 der ärmsten Länder, vornehmlich in Afrika, haben in der Vergangenheit so viele Kredite erhalten, daß der Gegenwartswert ihrer Schulden mehr als 220% ihrer Exporte ausmacht und die Weltbank sie deshalb als „unhaltbar hoch“ verschuldet bezeichnet. Gut 24% ihrer Verbindlichkeiten sind Darlehen der multilateralen Institutionen Weltbank mit IDA, IWF, Afrikanische Entwicklungsbank etc., die zudem fast 70% der Mittel zu konzessionären Bedingungen gewährt haben. Trotzdem müssen die armen Länder aufgrund der Schuldenerleichterungen, die ihnen bereits von anderen Kreditgebern eingeräumt wurden, über 50% des laufenden Schuldendienstes an diese Institutionen leisten.

Wie durch eine Indiskretion bekannt wurde, wird in der Weltbank ein Vorschlag diskutiert, der den ärmsten Ländern die Möglichkeit eröffnen soll, auch von den multilateralen Institutionen einen Teil der Schulden erlassen zu bekommen. Bisher haben diese solche Maßnahmen stets abgelehnt. Nach dem Weltbankpapier soll nun ein aus Beiträgen der multilateralen Organisationen und einzelner Länder mit 11 Mrd. US\$ ausgestatteter Fonds geschaffen werden, der Zins- und Rückzahlungen für die multilateralen Schulden der ärmsten Länder bei Fälligkeit übernimmt. Bedingung dafür ist, daß vorher Abkommen zur Schuldenreduktion mit den privaten und öffentlichen Gläubigern geschlossen wurden und eine „bewährte“ Reformpolitik betrieben wird. Aber schon zwischen 1984 und 1992 wurden rund 8000 Umschuldungsabkommen in Afrika geschlossen, für die eine Reform der Wirtschaftspolitik ebenfalls Bedingung war. Doch weiterhin sind ein schwaches Wirtschaftsmanagement und mangelnder politischer Wille bei der Durchführung von Reformen mindestens ebenso verantwortlich für die prekäre Wirtschaftslage dieser Länder wie der Schuldendienst für ohnehin konzessionäre Kredite. Warum sollte sich daran etwas ändern, wenn diese Schulden auch noch erlassen werden? ho